



## **Unser Menschenbild**

Unantastbare Menschenwürde, Freiheit und Verantwortung der Person, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und verantwortungsvolles, nachhaltiges Handeln gegenüber Mitmenschen, Umwelt und den nächsten Generationen kennzeichnen das Menschenbild der Ökosozialen Marktwirtschaft.

Die Freiheit, zu entscheiden und zu handeln, ist konstitutiv für das Wesen des Menschen. Freiheit ist aber auch die Grundbedingung für Gerechtigkeit. Sie ist an ein christlich-humanistisches Wertefundament rückgebunden. Die Ausübung der Freiheit ist innerhalb ethischer Grenzen nicht nur legitim, sondern auch gefordert. Freiheit ist schließlich Möglichkeit und Ermächtigung zu eigenverantwortlichem Handeln des Einzelnen. Bürgerliche Wirtschafts- und Sozialpolitik schafft dafür Rahmenbedingungen und Anreize.

Das Maß des Wirtschaftens ist stets der Mensch. Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Das Menschenbild der Ökosozialen Marktwirtschaft war und ist nie jener „homo oeconomicus“, der nur wirtschaftliches Nützlichkeitsdenken kennt. Die Ökosoziale Marktwirtschaft bekennt sich zu Selbstverpflichtung und Selbstbindung des Menschen in seinen Lebenszusammenhängen. Als ordnungspolitisches Konzept bemüht sie sich um die Integration von Ethik und Ökonomie.

## **Unser Wirtschafts- und Sozialmodell**

Das Wirtschafts- und Sozialmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft bildet den Ordnungsrahmen für bürgerliche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wirtschafts- und Sozialpolitik werden im Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft als Einheit verstanden. Privateigentum und Wettbewerb sind zentrale Struktur- und Organisationsprinzipien. Wirtschaftliche Freiheit und Leistungskraft sind in diesem Modell die Grundlage für gesellschaftlich verbürgte Solidarität. Nur, was vorher erwirtschaftet wurde, kann ge- oder verteilt werden. Wohlstand ist stets Ergebnis von Arbeit – und nicht von Umverteilung.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft versteht sich als Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft mit ihren Kernwerten der Freiheit, Leistung und Solidarität um den Kernwert der Nachhaltigkeit. Das Nachhaltigkeitsprinzip bezieht sich nicht nur auf den ökologischen Bereich, sondern auch auf die soziale Gerechtigkeit: Die Lebenschancen der künftigen Generationen dürfen weder durch Raubbau an natürlichen Ressourcen noch durch Staatsschulden beeinträchtigt werden.

### **Unser Verständnis von Sozialpolitik**

Die von der katholischen Soziallehre mit ihren Prinzipien der Personalität, Subsidiarität und Solidarität geprägte Sozialstaatsidee ist integraler Teil des Wirtschafts- und Ordnungsmodells der Ökosozialen Marktwirtschaft. Sozialpolitische Ziele und Prinzipien umfassen alle politischen Gestaltungsbereiche – und nicht nur Sozialpolitik im engeren Sinn.

Wohlfahrt ist und bleibt Aufgabe der Sozialpolitik. Sie ist Ausdruck der Würde aller Menschen, indem ihre grundlegenden existenziellen Bedürfnisse erfüllt werden. Wohlstand ist hingegen eine Folge wirtschaftlicher Leistungen. Sozialpolitik in einer Ökosozialen Marktwirtschaft umfasst daher das Recht des Einzelnen auf Wohlfahrt wie die Chance des Einzelnen auf Wohlstand.

Bürgerliche Sozialpolitik sieht es als wichtige Aufgabe von Staat und Gesellschaft, für mehrheitlich als gerecht empfundene Verhältnisse zu sorgen. Nur das sichert den sozialen Zusammenhalt und die Bereitschaft, Solidarität zu üben. Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft muss differenziert konzipiert und realisiert werden: Bedarfsgerechtigkeit als Ausdruck der Menschenwürde, Leistungsgerechtigkeit zur Anerkennung individueller Leistung oder Teilhabegerechtigkeit für Familien und andere soziale Institutionen sind wichtige Dimensionen von Gerechtigkeit, die in der sozialpolitischen Praxis zu berücksichtigen sind. Zentral für bürgerliche Sozialpolitik ist der Wert der Chancengerechtigkeit, weil mehr Chancen für alle mehr Wohlstand für die gesamte Gesellschaft bedeuten. Auf die Ermöglichung von Chancen, insbesondere durch Bildung muss mehr Wert gelegt werden.

Bürgerliche Sozialpolitik ist sich stets dessen bewusst, dass das Recht einer Person auf eine soziale Leistung die Pflicht für eine andere bedeutet, diese zu erbringen bzw. zu finanzieren. Gerade in einem Sozial- und Wohlfahrtsstaat müssen Rechte und Pflichten zwischen Personen und Institutionen transparent und in Balance sein, um den notwendigen Grundkonsens für sozialen Zusammenhalt zu sichern.

Der Einzelne trägt als Erster die Verantwortung für sein Leben – soweit seine Möglichkeiten reichen und Eigenleistung zumutbar ist. Der Sozialstaat hat daher Möglichkeiten und Chancen des Einzelnen zu stärken und Prioritäten zu setzen, mit welcher Leistung er an welchen Stellen in Lebensverläufen ansetzt. Die sozialstaatliche Grundversorgung in Schicksalsfällen (z.B. Krankheit, Unfallfolgen) ist aus Sicht bürgerlicher Sozialpolitik ebenso unverzichtbar wie Beistand in bestimmten Lebensläufen (z.B. Kindererziehung, Alter). Die Unterstützungen Einzelner oder sozialer Institutionen sind im Sinn der Stärkung von Eigenverantwortung und Selbstermächtigung auf Zeit und auf Lebenszyklen angelegt. Der moderne Sozialstaat definiert und evaluiert daher Lebensrisiken. Er verbindet deren Bewältigung mit sozialstaatlicher Hilfe auch mit zumutbaren Eigenleistungen.

Der Sozialstaat soll schließlich keine Strukturen und Verhältnisse andauernder Alimentierung und daraus resultierender Abhängigkeit schaffen. Hilfe zur Selbsthilfe ist eine wichtige Leitlinie sozialstaatlichen Handelns.

Sozialpolitik darf deshalb nicht auf Fürsorge reduziert und auch nicht auf Umverteilung fokussiert werden. Sozialpolitik soll defizitär empfundene Situationen Einzelner ändern, je nachdem, ob sich der Einzelne in einer für ihn mit seinen Mitteln nicht mehr zum Positiven zu wendenden Situation befindet (z.B. Krankheit), oder ob es um die Beseitigung eines gesellschaftlich zu verbessernden Zustandes geht (z.B. Armut). Sozialpolitik handelt dabei nicht nur reaktiv, sondern proaktiv: Sie soll zur Vermeidung jener Umstände beitragen, die sozialstaatliche Intervention erforderlich machen.

Gleichheit im Sinne materieller Ergebnisgleichheit ist kein Ziel bürgerlicher Sozialpolitik. Der Gleichheitsgrundsatz hat für die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz unbedingte Gültigkeit. Er bedeutet aber nicht die Herstellung von materieller

Gleichheit mit den Mitteln der Sozialpolitik. Ungleichheit im Sinne von Unterschiedlichkeit ist Ausdruck von Diversität. Sie ist Triebkraft für Leistung, Bildung, Aufstieg und damit auch mehr Wohlstand. Anliegen bürgerlicher Sozialpolitik ist es nicht, materielle Ergebnisgleichheit durch staatliche Maßnahmen zu erzwingen, sondern vielmehr Chancengerechtigkeit für alle zu ermöglichen. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, sein Leben in Freiheit und Eigenverantwortung unter Nutzung seiner Talente zu gestalten. Nur so kann das große Ziel der Ökosozialen Marktwirtschaft erreicht werden: Wohlstand für alle durch Chancen für jeden.

### **Herausforderungen für die Sozialpolitik**

Technischer Wandel und wirtschaftliche Dynamik setzen in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts auch in entwickelten Ländern Staat, Gesellschaft und die Einzelnen einem erheblichen Druck aus, der sich in Umbrüchen in der Arbeitswelt und in Finanzierungskrisen von Sozial- und Wohlfahrtsstaaten niederschlägt. Konkrete Herausforderungen sind vor allem:

- die Alterung der Bevölkerung und die geringe Geburtenzahl, welche die ausgeglichene Entwicklung für Pensions-, Gesundheits- und Pflegesystem auf den Prüfstand stellt, und die sich u.a. noch nicht angemessen auf einen Anstieg des Pensionsantrittsalters ausgewirkt hat;
- strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt, wodurch die Arbeitsplätze für gering Qualifizierte quantitativ und relativ zurückgehen, zugleich einfache und gering qualifizierte Erwerbstätigkeit keine ausreichende Absicherung grundlegender materieller Bedürfnisse mehr ermöglicht bzw. wirksam zur Finanzierung des auf Steuern angewiesenen Sozialstaates beizutragen vermag;
- ein besonders im Kontext von Migration hoher Anteil bildungsferner Kinder und insgesamt mangelnde schulische Leistungen;
- weniger Spielraum für sozialpolitisch wünschenswerte Zukunftsinvestitionen (z. B. Bildung, Forschung & Entwicklung) durch steigende Belastung der jüngeren Generation aufgrund der Staatsverschuldung;
- politisch genährte, wachsende Anspruchshaltung an staatliche Leistungen und weit verbreitete Versorgungsmentalität;

- mangelnde Anreize für Eigenverantwortung, Aktivierung und Prävention z.B. in den Bereichen Gesundheit und Armutsbekämpfung;
- keine transparenten Ziele der Sozialpolitik; der Fokus auf Armutslinderung statt darauf, Auswege aus der Armut zu finden; ein einseitiger Gerechtigkeitsdiskurs.

Die Herausforderungen derartiger Entwicklungen sind nicht mit Parolen nach mehr Gleichheit und Umverteilung zu beheben. Die Prinzipien einer bürgerlichen Sozialpolitik im Rahmen der Ökosozialen Marktwirtschaft weisen den richtigen Weg.

### **Unsere Prinzipien für die Sozialpolitik**

Bürgerliche Sozialpolitik im Rahmen der Ökosozialen Marktwirtschaft basiert auf klaren Prinzipien, die Leitlinien für die sozialpolitische Praxis sind.

#### **Chancengerechtigkeit**

Wohlstand für alle erfordert Chancen für jeden. Daher ist das wichtigste Ziel bürgerlicher Sozialpolitik das Herstellen von Chancengerechtigkeit. Phänomene wie die Vererbung von niedrigem Bildungsstatus oder von Armut machen deutlich, dass eine bisher nur auf Gleichheit von Personen und Umverteilung von Gütern ausgerichtete Sozialpolitik trotz postulierter Gerechtigkeit als Ziel keine nachhaltigen Lösungen gebracht hat. Kern von mehr Chancengerechtigkeit ist die Verbesserung der Bildungschancen für alle. Insbesondere mit Blick auf Jugendliche zielt chancengerechte Sozialpolitik darauf ab, die Gefahr von „lost generations“ zu bekämpfen und sozialen Aufstieg zu forcieren.

#### **Eigenverantwortung**

Bürgerliche Sozialpolitik zielt auf die Wahrnehmung von Freiheit und Eigenverantwortung ab. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht bevormundet oder abhängig gehalten werden. Sie sollen ihre Freiheit und Eigenverantwortung in allen Lebensbereichen wahrnehmen können. Ziel von Sozialpolitik kann daher nicht die Rundumversorgung von Personen in als defizitär betrachteten Lebenslagen in einem „Vollkaskostaat“ sein, sondern

das Nutzen und Aktivieren ihrer Potenziale und Handlungsfähigkeiten. Dass Menschen eigenverantwortlich für ihren Lebensunterhalt und ihre Zukunft sorgen können, ist zentrales Ziel bürgerlicher Sozialpolitik. Der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist daher in der Praxis bürgerlicher Sozialpolitik wegweisend.

### **Wirtschaftlichkeit**

Sozialstaatliches Handeln muss für die Betroffenen effektiv und für die Gesellschaft effizient sein. Jene, die sozialstaatliche Leistungen finanzieren, haben ein Recht darauf, dass mit ihren – für sozialstaatliche Aufgaben verwendeten – Steuergeldern so effizient wie möglich umgegangen wird. Ökonomisches Handeln ist nicht der Feind des Sozialstaates, sondern dessen Bestandsvoraussetzung. Bürgerliche Sozialpolitik bekennt sich daher zur Steuerung des Sozialstaates mit ökonomischen Instrumenten und Anreizsystemen (z.B. Wettbewerb, Management, Auslagerung, Transparenz).

### **Wahlfreiheit**

In einer freien, eigenverantwortlichen Gesellschaft muss die personale Freiheit des Einzelnen auch gegenüber sozialstaatlich finanzierten Leistungen gesichert sein. Der Staat muss daher unterschiedliche Möglichkeiten zulassen, auf soziale Herausforderungen effektiv und effizient zu reagieren. Wo es unterschiedliche Lösungsmodelle gibt, muss der Einzelne die Wahlfreiheit haben, jenes Modell zu wählen, das den eigenen Anforderungen bestmöglich entspricht (z.B. durch Schecksysteme). Bürgerliche Sozialpolitik bekennt sich daher neben der Wahlfreiheit auf der Nachfrageseite zum Wettbewerb auf der Anbieterseite sozialstaatlich garantierter Leistungen.

### **Zivilgesellschaft**

Sozialpolitik war und ist kein Monopol des Staates. Die in Österreich vielfältige und stark entwickelte Kultur von sozial engagierten Institutionen der Zivilgesellschaft zeigt, welche große Bedeutung und Wirkung freiwilliges Engagement für die Lösung sozialer Herausforderungen hat. Soziale Hilfswerke und NPOs sind integraler Bestandteil der sozialen Infrastruktur Österreichs und künftig verstärkt als Dienstleister staatlich garantierter

Leistungen heranzuziehen. Der Staat soll steuern, nicht rudern. Nachdem nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im Sozialen Innovationskraft existenz- und zukunftsichernd ist, fördert und fordert bürgerliche Sozialpolitik Innovationen im Sozialbereich.

### **Prävention**

In unterschiedlichen Bereichen der Sozialpolitik (z.B. Gesundheit, Arbeitsmarkt) zeigt sich, dass die „Reparatur“ aufgetretener Probleme enorme Aufwendungen nach sich zieht. Das Prinzip der Prävention muss daher im Sozialbereich stärker verankert und in sozialpolitischem Handeln realisiert werden. Prävention ist nicht nur eine Frage der sozialpolitischen Rahmenbedingungen, sondern vor allem eine Frage der Eigenverantwortung. Die Entwicklung von Anreizen zur Prävention, wie sie sich in der gewerblichen Sozialversicherung bereits bewährt hat, ist daher ein wesentliches Projekt bürgerlicher Sozialpolitik. Von großer Bedeutung ist die Kapazität von Staat und Gesellschaft, gezielt in jene Bereiche investieren zu können, wo zeitgerechte Interventionen langfristige Probleme vermeiden können (z.B. Jugendarbeitslosigkeit).

### **Transparenz**

Wie jeder andere politische Gestaltungsbereich muss auch Sozialpolitik auf dem Boden der Empirie konzipiert und realisiert werden. Dies erfordert fundierte Expertise und Transparenz anstelle der Instrumentalisierung spezifischer Problemlagen. Sozialpolitik muss daher auf Transparenz und Evaluierung großen Wert legen, um bestmögliche Wirkung erzielen zu können.